

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Rekl. innen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 119.

Dienstag, den 14. Oktober 1919

19. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Herrn Kommandierenden Generals des G. S. A. ist das zeitliche 15tägige Verbot der Einfuhr der Frankfurter Volksstimme in die französische Zone auf zwei Monate vom 2. September ab verlängert.

Ab 3. Oktober d. J. wird der freie Verkehr von Futtermitteln, zwischen dem von der 10. Armee besetzten Gebiete sowie der freie Verkehr von Kleie zwischen demselben Gebiete genehmigt unter der Bedingung, daß die durch die Kommunalverbände der französischen Armee zu liefernden Quantitäten jederzeit durch die Intendantur, unter den schon in Kraft befindlichen Bedingungen bezüglich Lieferung von Heu an die Besatzungstruppen, abgerufen und angefordert werden können.

Jedoch bleibt jede Ausfuhr von Heu oder Kleie nach dem unbesetzten Deutschland strengstens untersagt.

Wiesbaden den 9. Oktobr. 1919.

Le Commandant de Juvigny

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) signé: de Capitaine Baissac.

Der Kommandierende General der 10. Armee erwägt, daß es im Interesse der Bevölkerung und der ehelichen Reisenden liegt, die Wanderleute, — ohne unnötigen Verlust, trotzdem aber mit den mit der allgemeinen Freiheit vereinbarenden Gewähr, streng zu überwachen sind.

Verfügt: Artikel 1:

Die Hotelbesitzer, Zimmervermieter und sämtliche Einwohner, welche zufällig für eine oder mehrere Nächte Personen, — außerhalb der Stadt ihren Wohnsitz haben, auch Verwandte, in Logis haben, tragen diese Personen auf ein Verzeichnis ein mit Angabe des Namens, Standes, gewöhnlicher Wohnsitz der logierenden Personen, Datum Abgangs- und Bestimmungsortes.

Artikel 2:

Der Stand der betreffenden Personen und ihre Adresse sollen nach den öffentlichen Legitimationspapieren, wie Paß, Ausweis, Identitätskarten, Geburts- oder Heiratsurkunden abgeschrieben werden.

Das Verzeichnis muß die Legitimationspapiere erwähnen, die zu dessen Aufstellung benutzt wurden.

Artikel 3:

Diese Formalitäten sind bei Militärpersonen und anderen, im Besitze eines von den französischen Behörden ausgestellten Einquartierungsscheines nicht anzuwenden.

Artikel 4:

Jeden Vormittag vor 10 Uhr sind die gemäß obigen Bestimmungen aufgestellten Verzeichnisse dem von der Wohnung des Vermieters benachbarten Polizeirevier oder in der Hauptwache abzugeben.

Artikel 5:

In der Hauptwache oder dem Bürgermeisteramt jeder Gemeinde wird ein Register aufgestellt, in welches die auf die Verzeichnisse bezüglichen Auskünfte täglich eingetragen werden sollen.

Dieses Register wird bei Aufforderungen der Herren Administrateure, dem zuständigen Administrateur, den Angestellten oder Beamten der französischen Behörden, zwecks Kenntnisnahme, vorgelegt.

Artikel 6:

Vermerker, die diese Bestimmungen übertreten, werden vor ein Militärgericht gestellt.

Artikel 7:

Diejenigen Personen, welche absichtlich eine falsche Angabe ihrer Personalien machen, werden ebenfalls vor dieses Gericht gebracht, wenn nicht höhere Strafen wegen Urkundenfälschungen anzuwenden sind.

D. G. A., le 24. Septembre 1919.

Le Général Commandant la X^e. Armée

signé: MANGIN.

Pour copie conforme:

Le Commandant de Juvigny

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden Champagne signé: de JUVIGNY

Revolverattentat auf Haase.

Abg. Haase durch drei Schüsse verletzt.

Auf den Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Abg. Haase, wurde Mittwoch mittag am Reichstagsgebäude in Berlin ein Revolveranschlag verübt. Haase ist im Unterleib, am Oberschenkel und im Unterarm getroffen worden.

Ueber den Anschlag wird folgendes berichtet: Haase ging in Begleitung seiner Gattin auf das Reichstagsgebäude zu. Als er sich an der Ecke Sommer- und Simsonstraße befand, sprang plötzlich ein gutgekleideter Mann auf ihn zu und gab aus einem Revolver mehrere Schüsse auf ihn ab. Haase sprang mit seiner Gattin zur Seite und suchte hinter einem Mauervorprung des Reichstagsgebäudes Schutz. Der Unbekannte ging hinter ihm her und legte noch einmal auf ihn an. Von mehreren Schüssen getroffen brach der Abgeordnete zusammen. Ein Schutzmann sprang hinzu. Der Unbekannte hob sofort die Hände hoch und ließ sich verhaften. Der Täter heißt Johann Bock, von Nationalität Oesterreicher und von Beruf Lederarbeiter. Bei seiner Verhaftung erklärte er, die Tat aus persönlicher Rache verübt zu haben. Haase wurde sofort ins Reichstagsgebäude gebracht, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Wie sich aus der ärztlichen Untersuchung ergab, ist Haase von drei Kugeln getroffen worden. Er trug eine Unterarm- und eine Oberschenkelverletzung davon. Der dritte Schuß ging durch den Unterleib. Auf Haases ausdrücklichen Wunsch wurde er ins Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Haase sollte am Mittwoch für die Unabhängigen in der großen politischen Debatte sprechen.

Die Eiserne Division weigert sich.

Die Truppen lehnen die Rückkehr nach Deutschland ab.

Der Kommandeur der Eisernen Division in Russland Major Bischoff lehnte in einem Aufruf an seine Soldaten die Rückkehr nach Deutschland auf das Bestimmteste ab und erklärte nicht eher das Baltikum verlassen zu wollen, bevor nicht das von den deutschen Soldaten den Bolschewisten entzogene Land unter russische Flagge gestellt sei.

„Wir wollen“, so heißt es in dem Aufruf des Majors Bischoff, „den Russen helfen, ihre Heimat von der Geißel der Menschheit zu befreien. Ihr wißt, daß ich deutsch bin und deutsch bleibe bis zum letzten Blutstropfen. So werdet Ihr mir glauben, daß Ihr mir auch auf diesem Wege unbedingt folgen könnt, daß ich auch hier für Deutschland arbeite will, indem ich unseren Freunden helfe. An der Seite des Corps Graf Keller wollen wir unser Recht verteidigen und, wenn es sein muß, noch einmal erkämpfen. Darum bleibt fest, Soldaten der Eisernen Division! Und wenn der Engländer Letten und Osten auf uns geht, dann wollen wir zeigen, daß wir unseren Namen mit Recht tragen.“

Ob Major Bischoff die ganze oder einen namhaften Teil der Eisernen Division hinter sich hat, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Die Regierung glaubt indessen feststellen zu können, daß der Aufruf der Reichsregierung an die Truppen im Baltikum seine Wirkung nicht verfehlt habe. Es rollen dauernd Transporte zurück. Ein Teil der Truppen sei jedoch durch die Verworrenheit der Ziele, die er bisher verfolgt hat, noch schwankend in seinem Entschluß. Nachhaltigen Eindruck hatten die von General von der Goltz besonders betonten Repressalien, die von der Entente ergriffen werden würden, gemacht. Es sei zu erwarten, daß es dem Einflusse der Führer gelinge, die Masse der Truppen von der Notwendigkeit ihrer Rückkehr und der Unmöglichkeit ihres weiteren Verbleibens im Baltikum zu überzeugen.

Die Gefahren der baltischen Verwicklung

sind auf jeden Fall als sehr ernst anzusehen, und die Schwierigkeiten, die sich der Regierung noch entgegenstellen, sind nicht zu unterschätzen. Es läßt sich im gegenwärtigen Augenblick auch noch gar nicht übersehen, ob es den Bemühungen der Reichsregierung und der von ihr entsandten Offiziers-Mission gelingen wird, der Forderung der Entente nach vollständiger Räumung auch ganz zu entsprechen. Allzu optimistische Hoffnungen in dieser Richtung wären verfrüht.

Die deutsche Baltikum-Note ungenügend.

Die neuesten Meldungen berichten bereits, daß der Oberste Rat die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Entente wegen Räumung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen als

ungenügend erklärt habe. Die dort Versicherten werden als unzulänglich angesehen. Marshall Foch, der der Sitzung beizuwohnte, wurde beauftragt, eine Antwort auf die deutsche Mitteilung auszuarbeiten. Die Vollmachten für den Fall der Nichtausführung der Entschlüsse der Entente sind ausgestellt. Die angeordneten Maßnahmen werden dann ausgeführt werden. Es handelt sich dabei insbesondere, wie bekannt, um Einstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands. Im weiteren wird über die Entsendung einer Kommission in die baltischen Provinzen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen worden war, beraten.

Abreise des Generals Goltz.

General Graf von der Goltz, der von der Regierung zwar aus dem Baltikum abberufen war, aber noch den Auftrag hatte, den Truppen den Befehl zur Rückkehr nach Deutschland zu übermitteln, und die Vorarbeiten für den Heimtransport zu treffen, ist nunmehr endgültig nach Deutschland abgereist. Die weitere Rückführung der Truppen leitet, wie berichtet, General v. Eberhardt, der bereits im Baltikum eingetroffen ist.

Die westrussische Regierung.

In der kurländischen Hauptstadt Mitau hat sich vor einigen Tagen eine neue westrussische Regierung gebildet. In das neue Kabinett werden auch letztere Demokraten einbezogen, während der Vorsitz dem früheren russischen Senator Grafen Konstantin Wahlen zugebracht ist. Wahlen gilt als sehr gemäßigter Politiker und hat sich in der Vorkriegszeit durch seine, in liberalem Geiste geführten Revisionen, die ihm zur Aufhebung der Mißwirtschaft in den verschiedenen russischen Provinzen übertragen wurden, einen guten Namen gemacht. Die im Baltischen National-Ausschuß vertretenen Deutsch-Balten sind dagegen an diesen Vorgängen ebenso wenig beteiligt wie ihre Landeswehr, die in einem russisch-lettischen Kampfe neutral zu bleiben wünscht. Bemerkenswert ist hierbei die Tatsache, daß auch ein Teil der lettischen Armee, die sogenannten Ballo-Truppen, die von früheren russischen Offizieren lettischer Nationalität geführt werden, die gleiche Neutralität bewahren will.

Die letzten Ratifizierungen.

Bekanntgabe durch England bevorstehend.

In wenigen Tagen werden die Hauptmächte der Entente mit Ausnahme der Vereinigten Staaten die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages vollzogen haben. Der Pariser „Temps“ hält es für wahrscheinlich, daß die englische Regierung in den nächsten Tagen die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch das britische Reich offiziell bekanntgegeben wird. Der Vertrag ist nun von allen Parlamenten der selbständigen Dominions und Kolonien ratifiziert, auch durch Britisch-Indien, wo die Ratifikation nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf. Es fehlt nur noch die Unterschrift des Königs, die man für Ende dieser Woche erwartet. Nach dem gleichen Blatt erwartet man in Kreisen der Friedenskonferenz in Paris die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages durch Japan gegen den 15. Oktober, da auch in Japan eine Ratifizierung durch das Parlament nicht notwendig sei. Der Mikado könne ratifizieren, nachdem er den Geheimen Rat und den Diplomatischen Rat angehört habe. Der „Temps“-Korrespondent in Rom bestätigt ferner, daß das königliche Dekret, das den Friedensvertrag ratifiziert, baldigst veröffentlicht werde.

Der König von Italien hat bereits die Dekrete, die sowohl den Friedensvertrag von Versailles wie den von St. Germain ratifizieren, unterzeichnet. Jedes der beiden Dekrete besteht aus zwei Artikeln: in dem ersten Artikel werde die königliche Regierung ermächtigt, die Verträge voll und ganz in Anwendung zu bringen, der zweite Artikel verfüge die Heberhebung der Dekrete an das Parlament, damit sie zum Gesetz erhoben werden.

Die Inkraftsetzung des Friedens.

Der Korrespondent der „Basler Nachrichten“ meldet aus Paris, die bühliche Abreise des Obersten House nach Washington hänge weniger mit der Krankheit Wilsons zusammen als mit der Tatsache, daß der Friede von Versailles höchstwahrscheinlich schon in der nächsten Woche in Kraft treten werde. Am 12. Oktober würden drei Ratifikationen beifammen sein. Dann sei der Kriegszustand zu Ende und die offiziellen Beziehungen zwischen den Ententestaaten und Deutschland sollten wieder aufgenommen werden. Frankreich werde dann eine Erleichterung im Pazifischen eintreten lassen. Man spreche davon, daß die Bälle überhaupt abgeschafft werden sollten. Es werde auch kein Zweifel, daß der Rat des Völkerbundes bald zusammentreten werde, ohne Rücksicht darauf, ob der amerikanische Senat ratifiziert habe.

Inserate haben in unserem Blatte besten Erfolg.

Jedenfalls werde nach der Verfassung des Rates es Bitterbundes die Ratifikation seitens des amerikanischen Senates nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die Auslieferungsforderung.

Nach einer Meldung des „Holländisch Handelsbureau“ haben England, Frankreich und Belgien am Schluß der Friedenskonferenz eine Liste der deutschen Militärs überreicht, die Deutschland ausliefern soll. Die Vereinigten Staaten haben sich an dieser Bewegung nicht beteiligt. Sie werden aber wahrscheinlich noch die Verhandlung der Prozesse als Interessenten mitmachen. Die Prozesse werden voraussichtlich in Frankreich stattfinden. Innerhalb eines Monats, nachdem die drei Ententemächte das Abkommen ratifiziert haben, wird die vollständige Liste der deutschen Regierung zugeestellt und verlangt werden, daß die Auslieferung erfolgt. Der Name des Kaisers ist in dieser Liste nicht enthalten. Diese Angelegenheit wird vollkommen selbständig behandelt werden.

Wie aus einer Meldung des Pariser „Excelsior“ aus Lille hervorgeht, steht auch ein Enkel des Fürsten Bismarck auf der Auslieferungsliste. Das Kriegsgericht in Lille hat gegen den Grafen Bismarck und sieben andere Deutsche Anklage wegen Mordes, Totschlags und vorsätzlicher Brandstiftung erhoben. Graf Bismarck wird beschuldigt, daß er, um ein Exempel zu statuieren, vierzehn Einwohner des Dorfes Bicoigne erschossen ließ. Bismarck hat angeblich diese Leute vor der Hinrichtung öffentlich durchgeheult. Nach Vollstreckung des Urteils ließ er, wie die Anklage weiter behauptet, alle umliegenden Gebäude anzünden. Die Hingerichteten, die nicht gleich tot waren, sollen auf seinen Befehl mit Lanzen durchbohrt worden sein.

Die Kohlenförderung.

Verwüstende Wirkungen des Streiks.

Die Halbjahresübersicht der amtlichen Statistik des preussischen Kohlenbergbaus spiegelt die verheerenden Wirkungen, die die Streiks und die Verschlechterung der Produktionsbedingungen durch den Raubbau während des Krieges im Kohlenbergbau, insbesondere in der Steinkohlenförderung, während der ersten sechs Monate dieses Jahres gezeigt haben. Gegenüber einer Förderung von 80 097 002 Tonnen Steinkohlen und 43 297 706 Tonnen Braunkohlen im ersten Halbjahr 1918 betrug die Produktion im ersten Halbjahr 1919 an Steinkohlen nur 51 323 319 Tonnen und an Braunkohlen nur 35 450 946 Tonnen. Dabei ist die Gesamtproduktionsziffer in beiden Produktionszweigen gesunken. Im Steinkohlenbergbau waren in diesem Jahre 639 218 Personen beschäftigt, das sind 65 621 mehr als im Vorjahre, während die Zahl der im Braunkohlenbergbau Beschäftigten um 38 266 auf ungefähr 95 574 gestiegen ist.

Die Regierung ist bemüht, die Kohlenproduktion um jeden Preis zu fördern. Die ersten Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums dürften sich bald als wirksam erweisen. In der Braunkohlenförderung hat sich die vermehrte Einstellung von Arbeitern, auch ungelernten Arbeitern, in ihren ersten Wirkungen schon zu zeigen begonnen. Ferner sind neue Kohlenfelder erschlossen worden, und auch die Brillefabrikation hat bereits etwas stärker eingesetzt. Geeignete Arbeitskräfte werden aus den heimkehrenden Kriegsgefangenen, aus den Mannschaften der Reichswehr und aus den Scharen der Erwerbslosen herausgezogen. Besonders Kommissare sind für diese Aufgabe tätig. Für die Unterbringung dieser Arbeiter wird durch Bereitstellung von Baracken gesorgt, die sich aus den Beständen der Heeresverwaltung in reichlichem Maße entnehmen lassen.

In den letzten Wochen bewegt sich die Förderung der Steinkohle erfreulicherweise in ständig aufsteigender Richtung. Dies läßt erhoffen, daß der Tiefstand in der Kohlenförderung bereits überwunden ist. Die Wirkungen des Förderungsrückganges im ersten Halbjahr werden aber bei dem erhöhten Kohlenbedarf der Großstädte und der Industrie und besonders auch infolge der Lieferungsverpflichtung an die Entente noch lange spürbar sein. Schon jetzt hält der Abtransport der Kohle mit der steigenden Förderung nicht mehr Schritt. Es muß alles aufgegeben werden, um die Leistung des Transportwesens ebenfalls zu erhöhen. Hier haben die Eisenbahnen und die Arbeiter der Betriebsverwaltungen das Schicksal der deutschen Wirtschaft für die nächsten Monate in der Hand. Alle anderen Arbeitsgruppen in Deutschland haben ihre Leistungen bereits gegen die letzte Zeit etwas gesteigert, nur dort hapert es noch, was in hohem Grade bedenklich ist. Bleibt es bei diesen Minderleistungen, dann sind weitere Betriebsbeschränkungen unausweichlich.

Die großen Schäden der Verkehrsbeschränkung.

Bekanntlich hat die Eisenbahnverwaltung bereits die Aufhebung des Verkehrs nach dem Osten angekündigt. Diese Maßnahme wird zweifelsohne von großen wirtschaftlichen Schädigungen für die östlichen Landesteile begleitet sein. Die Städte des Ostens haben sich bereits an die Reichsleitung mit der Bitte gewandt, von der Durchführung dieser Maßregel Abstand zu nehmen. Auch ein politischer Grund ist dagegen geltend zu machen. Es ist zurzeit aus politischen Erwägungen ein dringendes Erfordernis, daß der Verkehr der Ostmarken mit der Reichshauptstadt und mit dem Westen offengehalten wird. In weiten Teilen des Ostens wird abgestimmt werden, ob die Bewohner beim Reich verbleiben oder an Polen kommen wollen. Stimmberechtigt sind aber nicht nur die zurzeit in den Abstimmungsgebieten Wohnenden, sondern auch die dort Geborenen, aber aus ihrer Heimat vertriebenen Ostmärker. Es ist mit mancherlei Schwierigkeiten gesungen, Organisationen zu schaffen, um die Rückförderung der Abstimmungsberechtigten zur Abstimmung in ihre Heimat in die Wege zu leiten. Soll diese Organisation erfolgreich arbeiten, so ist ein ständiger Verkehr zwischen den Ostgebieten und dem Westen erforderlich. Im Interesse der Erhaltung der Abstimmungsgebiete beim Reich muß also der größte Wert darauf gelegt werden, daß im Verkehr nach dem Osten nach wie vor auf jeder Strecke mindestens ein Schnellzugpaar läuft.

Im Hinblick auf die politische Bedeutung der Verkehrsbeschränkungen hat die Deutsche Volkspartei in der preussischen Landesversammlung sich veranlaßt gesehen, beim Eisenbahnbau zu beantragen, daß die

vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten veranlagte Einstellung des Schnellzugsverkehrs flüchtig der Linie Stettin-Berlin-Dresden sofort wieder aufgehoben wird und daß die aus Kohlen- oder Betriebsmittel-mangel sich als notwendig ergebenden Verkehrsbeschränkungen auf das ganze Gebiet der preussisch-hessischen Staatsbahnen gleichmäßig verteilt werden. Durch gerechte Verteilung auf das ganze Reich würden die unvermeidlichen Verkehrsbeschränkungen weit besser zu ertragen sein. Es steht zu erwarten, daß die Regierung einen Ausweg findet, der allen Wünschen gerecht werden wird.

Politische Rundschau.

Oktober 1919.

Dem sozialdemokratischen Abg. Redakteur Johann Meerfeld, der aus dem Sattlerberuf hervorgegangen ist, wurde von der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der neuen Universität Köln ehrenhalber das Diplom eines Doktors der Staatswissenschaften verliehen.

Das Reichsnotopfer. Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer nahm einen Antrag Blund (Dem.) an, wonach zum gewöhnlichen Betriebsvermögen für die Steuerberechnung auch Warenvorräte gerechnet werden. Nach § 21 werden 5000 Mark nicht angerechnet. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach weitere 5000 Mark steuerfrei bleiben, soweit das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen ist.

Die Beamten in den Betriebsräten. Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz nahm auf Antrag Begien (Soz.) folgende Bestimmung an: Für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reiches sowie für öffentlich rechtliche Körperschaften kann durch Verordnung der Reichsregierung, für die sonstigen öffentlichen Betriebe durch Verordnung der Landesregierung bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter oder Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu erachten sind.

Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung. Den Rechnungsräten im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Mehnert und Trampedach ist die Amtsbezeichnung Eisenbahndirektor beigelegt worden. Diese Amtsbezeichnung ist als besondere Auszeichnung der beiden Beamten anzusehen, denen gleichzeitig die Abteilungen, in denen sie bisher — Direktor Mehnert im Eisenbahnpersonalwesen und Direktor Trampedach im Eisenbahnarbeiter-Vermögenswesen — als selbständige Departamente zugewiesen wurden.

Zur Ausführung des deutsch-polnischen Abkommens. Der Verhandlung des Prozesses wegen des Auftrags im Niederschlag vor dem Bentheimer Kriegsgericht wohnte ein französischer Offizier bei, wie man annimmt, zur Kontrolle der Ausführung des deutsch-polnischen Staatsvertrages. Das Gericht beschloß die Einstellung des Verfahrens auf Grund dieses Vertrages. Der Rest der obersteinsten Aufrechterhaltung wird gleichfalls niedergeschlagen.

Schonung der kleinen Rentner. Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer beriet am Mittwoch über § 25 — Schonung der kleinen Rentner. Der erste Absatz sieht unter Umständen eine ganz oder teilweise zinslose Stundung der Abgabe vor, falls das Vermögen nicht über 100 000 Mark beträgt, und der Abgabepflichtige ohne Verschuldung des Einkommens zur Entrichtung der Abgabe nicht imstande ist, oder wenn sich sonst bei billiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse besondere Härten ergeben. Auf einen gemeinsamen Antrag der Abgg. Farwick (B.), Dr. Braun (Soz.) und Dr. Kießer (D. Bp.) wurde diese Bestimmung dahin geändert, daß diese Vorchrift in eine zwingende Umwandlung wird, wenn das steuerbare Vermögen nicht über 100 000 Mark und das Jahreseinkommen des Abgabepflichtigen nicht über 5000 Mark beträgt. Außerdem kann einem Abgabepflichtigen ohne Rücksicht auf Vermögen und Einkommen die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, falls sich bei billiger Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse die Entziehung als eine besondere Härte erweisen würde.

Übermalige Spaltung des Berliner Notopfer-Vollzugsrates. Nachdem erst vor kurzem die Mehrheitssozialisten sich mit den Unabhängigen entzweit hatten, und ihren eigenen Vollzugsrat gründeten, ist jetzt eine abermalige Spaltung des Rumpiparlamentes der Berliner Arbeiterkraft erfolgt. Diesmal ging die Trennung von den Kommunisten aus, so daß der sogenannte Rote Vollzugsrat nur mehr aus Unabhängigen besteht. Veranlassung zu der Trennung gab eine Auseinandersetzung über die Frage: Gewerkschaft oder Betriebsorganisation. Die U. S. B. wollen die Gewerkschaften aufrechterhalten, sie von innen heraus revolutionieren und dadurch zu einem Kampforge der Unabhängigen machen, während die Kommunisten die Gewerkschaftsorganisationen unbedingt ablehnen und durch die auf anarcho-syndikalistischer Grundlage aufgebauten Betriebsorganisationen ersetzen wollen. Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterkraft schloß sich in ihrer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten dem Antrag der Unabhängigen an, der die Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen fordert, aber festlegt, daß die Frage „Gewerkschaft oder Betriebsorganisation“ keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes bilden darf. Daraus erklärt die Kommunisten, daß diese Abstimmung eine tief einschneidende Bedeutung habe und eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich erscheine.

Rundschau im Auslande.

Norwegen hat sich mit 396 589 gegen 272 641 Stimmen für das absolute Alkoholverbot erklärt.

Wie das „Amsterdamer Handelsblatt“ meldet, werden von Donnerstag an zwei Steinkohlezüge mehr pro Tag aus Deutschland nach Holland gehen.

Durch die im Friedensvertrag für Ungarn vorgesehene neuen Grenzen verliert Ungarn 180 000 Quadratkilometer und die Hälfte seiner bisherigen Einwohner.

Die Blockade Flumes durch Italien ist aufgehoben. Züge aus Triest, beladen mit Lebensmitteln, Munition und Militär verkehren wieder regelmäßig nach Triest.

Die französischen Kammerwahlen sind auf den 19. November verschoben worden. Vor den Wahlen wird

Clementeau eine Propagandareise durch einige Städte im Südwesten unternehmen.

In Lissabon ist ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen, der sich über ganz Portugal ausgebreitet hat.

Ueber die Hauptstädte der amerikanischen Stahlindustrie wird der Belagerungsstand verhängt werden. Dies hängt mit den beschleunigten Innungen, die dort in den jüngsten Tagen stattfanden, zusammen.

Frankreich: Poincaré kandidiert für den Senat.

Der Präsident Poincaré hat dem Ausschuß der republikanischen Partei im Abgeordnetenhaus seine Kandidatur für die bevorstehenden Neuwahlen zum Senat angeboten. Die Kandidatur ist angenommen worden. Da jedoch die Neuwahlen noch unter der Präsidentschaft Poincarés vorzunehmen sind, ist beschlossen worden, daß zunächst der Einem Republikaner angeboten ist, der nach dem Erlöschen der Präsidentschaft Poincarés zurücktreten und ihm seinen Sitz zur Verfügung stellen wird. — Poincaré verzichtet also darauf, für die Wiederwahl zum Präsidenten zu kandidieren.

Rußland: Erfolgreiche Offensive gegen die Bolschewiken.

Nach einer Meldung aus Moskau ließ die erste Radio-Depesche des Generals Denikin beim russischen Generalstab in Krasa ein. Das Telegramm berichtet, daß das Zentrum seines Heeres 60 Kilometer von Orel steht und auf dem Wege nach Moskau sei. Die bolschewistischen Soldaten ergeben sich in großen Mengen oder bilden die Abteilungen gegen die Bolschewiken. Die Nordwestarmee eroberte die Eisenbahnlinie Petersburg-Pskow, wodurch Petersburg vom Südwesten abgeschnitten ist. Die Instandsetzung der Eisenbahnlinie Jamburg-Orel wird etwa anderthalb Monate erfordern. — In Petersburg ist ein Aufstandsversuch von den Bolschewiken blutig unterdrückt worden. Das amtliche Blatt der Bolschewiken, die „Iswestija“, erklärt, daß der Aufruf von Ententagenten vorbereitet worden sei. Die Ausführung habe in der Hand des nationalen Zentrums gelegen, einer Organisation, der Fürsten, Generale, Lehrer, Offiziere und eine Reihe rechtsstehender Menschen angehören. Diese Organisation, die auch im Besitz von Waffen gewesen sei, habe den Oberbefehlshaber der nordwestrussischen Armee, Juchitsch, Reis über die Bewegungen des roten Heeres und die Dispositionen seiner Führung auf dem Ausland erhalten. Die außerordentliche Kommission hat 67 Mitglieder der Versammlung hinrichten lassen. Die Versammlung sei durch eine Meuterei der Garnison von Krasnaja Gorka aus Licht gekommen.

Vereinigte Staaten: Die politische Krankheit.

Die Krankheit des Präsidenten Wilson hat die von den Anhängern Wilsons erwünschten politischen Folgen gehabt. Wie französische Blätter aus New York melden, unterlassen die Gegner Wilsons infolge der Erkrankung des Präsidenten alle persönlichen Angriffe gegen ihn, was die ganze Opposition gegen den Vertrag sehr geschwächt hat. Zurzeit gibt es, wie man sagt, kein Duzend Senatoren mehr, die den Vertrag ablehnen werden. — Der Tagesbericht über den Zustand Wilsons besagt, daß die Besserung andauert. Der Arzt Wilsons teilte weiter mit, daß der Präsident absolute Ruhe haben soll und sich nicht mit Regierungsgeschäften befassen darf, da sonst ein Zusammenbruch seiner Kräfte nicht ausgeschlossen ist. — Boshaie Menschen behaupten, daß sich nach erfolgter, vorbeschalteter Ratifikation des Vertrages im amerikanischen Senat auch der Gesundheitszustand Wilsons bessern werde.

Aus Stadt und Land.

Freiwilliger Tod eines Offiziers. „Weil ihm die Schmach seines geliebten Vaterlandes zu groß wurde bereitet“, hat der Oberst a. D. Gromer aus Wernigerode seinem Leben ein freiwilliges Ende bereitet. Er fuhr nach Halberstadt und mietete sich eine Droschke, mit der er bis vor die Stadtkirche vor Großquersand fuhr. Hier stieg er mitten auf der Landstraße aus und warf sich dann vor den um 5½ Uhr von Halberstadt abfahrenden Schnellzug, der ihn völlig zermalmt. Aus Abschiedsbriefen ging sein Grund zu der unglückseligen Tat hervor.

Eisenbahnunfall bei Kallbor. Auf dem Bahnhofs Studziema ereignete sich ein schwerer Unfall. Dort sollte Umzug eines Lehrers verlaufen werden. Der Wagen wurde zu nahe an das Eisenbahngleis herangefahren. Ein einfahrender Vorortzug riß den Wagen um, wobei eine Anzahl auf den Plattformen des Zuges stehender Personen heruntergerissen wurden und unter die Räder kamen. Zwei Personen wurden getötet, verschiedene schwer verletzt.

Frühe Polizeistunde in München. Nachdem die Gasentnahme für ganz München auf 9½ Uhr festgesetzt worden ist, ist nunmehr auch die elektrische Beleuchtung auf die gleiche Stunde eingeschränkt worden und die Polizeistunde einschließlich Sonnabend und Sonntag auf 9½ Uhr festgesetzt worden; ferner wird der Straßenbahnbetrieb von 9 bis 12½ Uhr mittags eingestellt.

Verhängnisvolle Tat eines Liebhabers. Auf Grube Clara bei Welsch in der Niederlausitz warf ein vor wenigen Tagen vom Militär entlassener junger Mann, anschließend aus verhängnisvoller Liebe, auf ein Mädchen, das mit vielen anderen Personen auf einem Eisenbahnwagen, aus dem Kartoffeln verteilt wurden, einige Handgranaten. Sechs Personen, darunter der Täter, wurden getötet, 10 schwer und sechs leichter verletzt.

Der Münchener Kommunistenführer Dr. Levis in Wien verhaftet. In Wien wurde der seit längerer Zeit von der bayerischen Regierung schriftlich verfolgte Spartakistenführer Dr. Levis von der Polizei festgenommen. Die Polizei hatte seit einiger Zeit Kenntnis, daß sich Levis in Wien aufhalte. Er war polizeilich nicht gemeldet und wurde auf Grund der ausgegebenen Beschreibung von drei Polizeibeamten auf der Straße erkannt und angehalten. Er leistete keinen Widerstand, leugnete aber Anfangs, der Gesuchte zu sein. Erst bei weiterem Verhöre auf der Polizei gestand er zu, Levis zu sein. Die sozialistische Wiener Arbeiter-Zeitung erklärt schon jetzt, daß eine Auslieferung Levis nach München nicht in Betracht kommen könnte, da der Verhaftete wegen Hochverrats, also wegen eines politischen Vergehens, verfolgt wird.

Missionenraub in Riga. Am helllichten Tage drangen Räuber in das Gebäude der Nordischen Bank in Riga und beraubten die Kasse um etwa eine Million Mark, darunter befand sich die Spende der amerikanischen Juden zugunsten der notleidenden jüdischen Bevölkerung Rigas von 160 000 Frank. Begehrte Angehörige wurden im Saalraum, etwa zwanzig anwesende Besucher im Korridor eingesperrt. Man ist den Räubern auf der Spur.

Die Nationalversammlung.

Oktober 1919.

Vortsetzung der politischen Aussprache.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Präsident Behren nach dem Hause Mitteilung von dem Waffenanfall auf den Abg. Haase, den Führer der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Hierauf wurde die große politische Aussprache über den Haushalt des Reichsanstalters fortgesetzt.

Als erster Redner aus dem Hause gab Abg. Dr. Stresemann (C. Sp.) zunächst der Hoffnung Ausdruck, daß das Attentat auf den Abg. Haase von keinen verderblichen Folgen begleitet sein werde, und erbat die Zustimmung des Hauses dazu, daß er dem Abg. Haase, seiner Familie und seiner Fraktion die herzlichste Teilnahme des Hauses ausspreche.

Hierauf führte der Abg. Stresemann aus: Die Neubildung der Regierung werde auf die politische Gesamtlage einen wesentlichen Einfluß nicht ausüben. Die Nationalversammlung leide an einem Mangel an Autorität. Ihre Aufgabe sei eigentlich mit der Erledigung der Verfassung erfüllt gewesen. Nach Überwindung dieses Winters würden wir eine solche Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen haben, daß die Frage der Auswanderung völlig ausgedehnt müßte. Aus dem Kriege gerettet hätten wir das unbedingte Vertrauen der Welt in die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Nach Lösung der Rohstofffrage und der Neuordnung der Arbeitskraft sei an unsern wirtschaftlichen Aufstieg nicht mehr zu zweifeln. Redner wendet sich gegen die Angriffe des Reichsanstalters, gegen die Sozialpolitik des alten Deutschlands. Die Schutzmaßnahmen des Staates zugunsten der Rechte der wirtschaftlich Schwachen hätten ihre Geburtsstätte in dem kaiserlichen Deutschland gehabt. Das Betriebsrätegesetz enthalte an sich ein ethisches Moment, das produktionsfördernd wirke, werde aber in unserer Zeit der parteipolitischen Herrschaft zu einem Kampf der Organisationen führen. An dem Schieberwesen, gegen das der Reichsanstalter erfreulicherweise starke Worte gefunden, habe die Zwangswirtschaft viel Schuld, die sich zur Abwicklung von Geschäften häufig nicht einwandfreier Elemente bedient habe. Hauptsächlich können wir bald wieder zur freien Wirtschaft.

Zur Frage der Monarchie

übergehend, hob Redner hervor, der Liberalismus habe immer ein Ideal in einer konstitutionellen Monarchie mit parlamentarischer Regierung gesehen. In monarchistischem Sinne erzogene Offiziere könnten jetzt keine begeisterten Republikaner sein. Jeden monarchistischen Futscher aber lehnten seine Freunde ganz entschieden ab. Eine Wiederholung der Budapest'schen Vorgänge wäre das Ende des monarchischen Gedankens in Deutschland, wohl aber werde seine Partei innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken werden, weil sie aus Vernunftgründen Monarchisten seien. Er glaube nicht, daß die republikanische Staatsform seit dem November v. J. in Deutschland moralische Eroberungen gemacht habe. Viele Leute seien längst wieder Vernunftmonarchisten geworden. Man habe jetzt kein parlamentarisches System, sondern eine Karikatur, eine Ausbeutung dieses Systems zu parteipolitischen Zwecken. Mit dieser Kopie amerikanischer Zustände ruiniere man unsere Beamtenchaft, die festeste Grundlage des Staates. Um wieder hochzukommen, müßten wir zurückkehren zu den Tugenden deutschen Wesens: Autorität, Ordnung, Unterordnung, Arbeitsfreudigkeit und Schaffenslust. Nicht das alte Preußen sei zusammengebrochen, wohl aber das neue Deutschland mit seiner schnell reich gewordenen Bourgeoisie. Zeige die Regierung praktische Wege für den Wiederaufbau Deutschlands, dann werde seine Partei sie unbeschadet ihrer sonstigen Gegnerschaft gern unterstützen. (Beifall rechts.)

Reichsminister Noske verbreitete sich dann in langen Ausführungen über die baltische Frage. Der Minister bezeichnete es als unerträglich, wenn einzelne Parteien und ein Teil der Presse auf die Truppen weiterhin dahin einwirkten, daß sie sich im Recht befänden, und daß sie dem Befehl zum Rückmarsch nicht Folge leisten sollten. Er wisse, daß mit wüsten Schimpereien auf die Truppen, die nicht zurück wollen, nichts zu erreichen sei. Er ehre auch die Motive, die viele Soldaten veranlaßt, draußen bleiben zu wollen. Sie fürchten die Arbeitslosigkeit, den Terror und den Völkermord. Es sei auch richtig, daß die Truppen im Baltikum sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Das alles ändere aber nichts an der Notwendigkeit, das Land zu räumen. Die Regierung werde alles daransetzen, um Deutschland vor einem neuen schweren und ersten Konflikt mit der Entente zu bewahren. Der Aufruf des Majors Bischoff an die Eisernen Division sei ein Maß von Verleumdung gegen die Interessen des Reiches, daß dagegen mit allem Nachdruck eingeschritten werden muß. Gegen Major Bischoff sei eine kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet.

Noske erwähnt eine Broschüre, die an die Soldaten verteilt werden sollte. Darin wird gesagt, daß in Wahrheit in Deutschland Unabhängige und Spartaner regierten, daß keine Veranlassung bestehe, der Regierung den Treueid zu leisten, daß die Regierung nichts für die Zukunft der Soldaten tue usw. Diese Subelschrift, dieses Pamphlet ist gedruckt in der „Deutschen Tageszeitung“. (Hört! Hört! links.) Der Auftraggeber sei der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei. (Stürmisches Hört! Hört! links. — Lärmende Zurufe rechts.) Selbstverständlich ist gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt worden. (Beifall links.)

Kunmehr wird die politische Aussprache zunächst abgebrochen, da als nächster Redner der durch das Attentat verwundete Abg. Haase vorgesehen war, und das Haus wendet sich dem

Haushalt der Reichsjustizverwaltung

Abg. Wadstein (Dem.) bringt verschiedene Wünsche und Anregungen, insonderheit betreffs Erneuerung des Justizwesens und der Rechtspflege vor.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Absicht, eine Amnestie zu erlassen, besteht nicht; sollte sie aber genehmigt werden, so muß ich Bedenken tragen, ihr zuzustimmen. Es ist unsere Pflicht, in der jetzigen Zeit das Recht zu stärken und nicht zu schwächen. Wir müssen vor allem das Recht stärken. daß

niemand ungestraft gegen das Recht verstoßen darf. Der Entwurf zur Strafrechtsreform ist ziemlich fertig gestellt. In Bezug auf das Anwaltswesen liegen gewiß schwere Mängel vor. Ich werde die Verhältnisse genau prüfen und dann das Erforderliche einleiten. Gesehliche Änderungen müssen hier aber mit großer Vorsicht vorgenommen werden.

Abg. Gohn (U. Soz.): Unser Mißtrauen gegen die Justiz ist gewachsen. Ich verweise nur auf die Schutzhaftkammer.

Abg. Dr. Einheimer (Soz.): Die ganze Justiz muß reformiert werden. Auch die Zustände in der Untersuchungs- und Strafkammer. Der Häftling ist nicht nur Objekt, er muß als Rechtssubjekt anerkannt und behandelt werden.

Reichsjustizminister Schiffer: Eine Änderung des Zivilprozeßverfahrens wird bereits erstrbt. Hierbei wird auch die Frage der Sondergerichte eingehend geprüft werden. Die allgemeinen Gerichte können aber vielleicht so vollständig gestaltet werden, daß wir die Sondergerichte entbehren können.

Damit ist die Aussprache über die Reichsjustizverwaltung erledigt. Es folgt das Reichsfinanzministerium.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Ich möchte den Finanzminister bringen, um die neue Neuordnung des Besoldungswesens hinzuvorkommen.

Reichsminister Erzberger: Die Reichsabgabenordnung muß noch in diesem Monat angenommen werden. Die neue Besoldungsordnung für die Beamten wird so zeitig vorgelegt werden, daß sie am 1. April in Kraft treten kann.

Der Etat wird angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Infektionsschein dem wegen der hohen Schuhwarenpreise, Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.

Schluß gegen 7 Uhr.



Locales und Provinzielles.

Die hiesige Wahlbewegung wird in der Montagausgabe der „Wiesbadener Volksstimme“, die auch das Organ der hiesigen Sozialdemokratischen Partei ist, etwas kräftig beleuchtet. Gleich der Eingang des Artikels: Der Kampf um die Krippe, läßt auf Interessantes was da folgt schließen. Die bürgerlichen Parteien kriegen denn auch ihr „Fett“ und das nicht zu knapp. Leider hat sie nicht mal so Unrecht in manchen Sünden! Natürlich wird das Licht der Partei nicht unter den Scheffel gestellt. Und warum auch nicht, jeder Krämer lobt seine Ware und es ist nur natürlich, daß die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager Wasser auf die Mühle der Gegenpartei ist. Wir können uns nur bei denen bedanken, die die Veranlassung zur Uneinigkeit gegeben haben.

(3) Ziegen zu Hause. Der hiesige Ziegenzuchtverein veranstaltete am Sonntag eine Lokalschau mit Prämierung. Zugelassen waren nur Tiere von Mitgliedern. Die Ziegen waren in verschiedenen Klassen im Schutzhofe an der Adlerstraße aufgestellt. Als Preisrichter waren die Herren G. Schwibgen-Wiesbaden und S. Moses-Schierstein tätig. Der Besuch der Schau vorstellte des Publikums war ein zufriedenstellender. Die Preisverteilung hatte folgendes Ergebnis: 1. Altersklasse Ehrenpreis: H. Rieth, 1. Preis Gärner Martin, 1. Pr. W. Klog, 2. Pr. Benzinger, 2. Pr. H. Mayr, 2. Pr. Gohmann, 2. Pr. Martin. 3. Preise: H. Klog, H. Klog, B. Köfner, S. Kramer. 2. Erstlingsklasse: Ehrenpreis: H. Klog, 1. Preis: Rieth, Benzinger, 2. Preis: Floreich, 2. Preis: A. Fraund, S. Eimer, 2. Kramer, Gohmann, 3. Preis: J. J. A. Schneider. 3. Lämmer. Ehrenpreis: L. Kaiser, 1. Preis: Karl Sternberger, Ph. Kilian, Benzinger, 2. Preis: Floreich, 2. Preis: W. Diefenbach, Rüd. Herzer, H. Kramer. 3. Preis: J. Klog, Schiebener, H. Fraund. Gemischte Klasse Höchst lobende Anerkennungen: Klog, Benzinger, J. Klog, Lobende Anerkennungen: Ph. Kilian, Wolf, S. Weyer, S. Haupt und S. Kramer. Die Ziegen gehen seit etwa 4 Wochen auf die Weide, eine Einrichtung, die sich sehr bewährt hat.

(4) Vereinigte Bürger und Bürgerinnen. Über die öffentliche Wählerversammlung der vereinigten Bürger und Bürgerinnen gibt uns folgender Bericht zu: Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuches. Es waren eine Anzahl neuer Interessenten erschienen, welche sich ausnahmslos in die aufstehenden Listen einzeichneten. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden erläuterte der Schriftführer, Herr Groß, nochmals ausführlich das Programm der Vereinigung. In der hierauf folgenden Besprechung wurde nochmals die Affäre „Vogel“ behandelt und die Behauptung des genannten Herrn ganz entschieden als unwahr und unhaltbar zurückgewiesen. Es wurde betont, daß die Vereinigung eigentlich nur wenig Propaganda zu machen brauche. Dies besorgt indirekt der Herr Vorsitzende der demokratischen Partei. Der Versammlung wurde mitgeteilt, daß in der Sitzung am Mittwoch Abend, als der Beschluß gefaßt wurde, gegen die gräßlichen Ausfälle des Herrn Vogel vorzugehen — Herr Vogel bezeichnet allerdings seine Ausführungen in der Dienstsnummer der Vierstädter Zeitung als eine sachliche — hauptsächlich als Gänse anwesende Mitglieder der demokratischen Partei darauf drangen, gegen Herrn Vogel ganz energisch vorzugehen. Die Liste unserer 18 Vertreter wurden alsdann der Versammlung vorgelegt und empfohlen, für alle Herrn, die nicht angenehm erschienen, andere Namen einzusetzen. Nach Einsammlung der Listen ergab sich, daß die Liste fast unverändert Annahme gefun-

den hatte. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die Sache der Bürger und Bürgerinnen in gute Hände liege und der Erfolg am 26. ds. Mts. nicht ausbleiben könne. Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, daß jeden Mittwoch und Samstag Abend im Vereinslokale Besprechungen stattfinden. Am 11. Uhr wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

(5) Wahlversammlungen. Der demokr. Bürgerverein hielt am Samstag eine Wahlversammlung im Gasthaus „Zum Tannus“ ab, die recht gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende des Vereins, Prof. Vogel einige einleitende, persönliche Bemerkungen gemacht hatte, wurde zur Aufstellung der Wählerliste geschritten. Eine sehr lange Aussprache hatte das Ergebnis, das verbundene Listen in Vorschlag kommen und bürge schon jetzt die Namen der aufgestellten Kandidaten für eine gute Vertretung in der Gemeindevertretung. Die Herren Landwirte werden ihre Kandidaten in einer in dieser Woche stattfindenden Sitzung aufstellen. — Die sozialdemokr. Partei tagte im „Cambrinus“ und wurde auf Antrag die aufgestellte Kandidatenliste umgeworfen und eine neue Liste aufgestellt.

Demokratische Partei. Ein ausführlicher Bericht über die Versammlung am Samstag Abend folgt in nächster Nummer.

(6) Die israelitische Zivildgemeinnde bewilligte dem Lehrer Rosenberg 1600 Mk. Teuerungszulage und 200 Mk. Wohnungsgeld, rückwirkend ab 1. 4. 19.

(7) Das sog. Einheitsbrot, das vor. Woche probeweise gebacken wurde, ist sehr gut ausgefallen, so daß wir im kommenden Winter mit einem guten Stückchen Brot rechnen können. Also auch hierin: Es wird sich alles, alles wenden.

(8) Herr Bachmeister Prenzlow ist mit der Vertretung der Oberwachmeisterstelle beauftragt worden.

Wetterbericht.

15.—16. Früh dunstig oder Nebel, darauf bewölkt, abends fröhliche Gewitterbildung, Wind schwach. 17.—18. Vorübergehend noch heiter, darauf zunehmende Bewölkung, fröhliche Gewitterbildung Wind schwach.

Bekanntmachungen.

Für die am 26. Oktober 1919 stattfindende Neuwahl zur Gemeindevertretung ist die hiesige Gemeinde in zwei Stimmbezirke geteilt.

Der Stimmbezirk I umfaßt die Straßen und Plätze: Distrikt Aukamm, Adlerstr., Aufschichtstr., Vierkaderhöhe, Blumenstr., Feldstr., Grenzstr., Distrikt Gaiern, Gaiernstr., Hermannstr., Moritzstr., Neugasse, Privatstr., Röderstraße, Rothausstr. von Nr. 15 bis 30 bis Ende, Richard-Wagnerstr., Rheinstr., Tannusstr., Wartestr., Wiesbadenerstr., Wilhelmstr., kleine Wilhelmstr. und Wilhelmstrasse.

Stimmbezirksvorsteher ist der Landmann Karl Heymach I und Stellvertreter der Schmied August Eibig hier.

Das Wahllokal befindet sich im unteren Saal links vom Eingang in der Schule an der Adlerstr.

Der Stimmbezirk II umfaßt die Straßen und Plätze: Adelheidstraße, Binger, Ellenbogengasse, Erbenheimerstraße, Friedrichstr., Hintergasse, Hofstr., Hofstr., Honiggasse, Hof Friedhof, Jägerstr., Jägerstr., Kirchstraße, Kropfenheimerstraße, Langgasse, Rosbacherweg, Rautenstr., Rathhausstr. von Nr. 1 bzw. 2 bis 13 bzw. 18, Sandbachstr., Schulgasse, Schwarzgasse, Talstraße und Vorderbergstr.

Stimmbezirksvorsteher ist der Landmann Karl Sternberger und Stellvertreter der Lärcher Fr. Schreiber hier.

Das Wahllokal befindet sich im unteren Rathhaussaal.

Betr. Gemeindevahlen.

Bezüglich der vorzunehmenden Wahl zur Gemeindevertretung hat der Wahlvorstand folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Ueber die Größe der Stimmzettel und über die Beschaffenheit derselben werden abweichende Bestimmungen nicht getroffen. Dieselben müssen daher den Bestimmungen für die Wahlen zur Nationalversammlung entsprechen. Sie müssen von weißem mittelhartem Schreibpapier, 9:12 Zentimeter groß sein und dürfen mit keinen Kennzeichen versehen sein.
2. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am 7. Tage vor der Wahl, das ist bis zum 19. Oktober 1919 bei dem Wahlvorstand eingereicht sein.
3. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 in der hiesigen Gemeinde stimmberechtigten Personen unterzeichnet sein.

Betr. Gemeindevahlen.

Bei der am 26. Oktober 1919 stattfindenden Wahl der Gemeindevertretung hierseits sind 18 Gemeindevorteiler zu wählen. Wahlvorschläge hierfür sind bis zum 19. Oktober ex. nachmittags 6 Uhr einzureichen.

Die Wahlvorschläge sind schriftlich einzureichen und müssen von mindestens 20 in der hiesigen Gemeinde wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein.

Den Wahlvorschlägen müssen Bescheinigungen beigelegt sein, daß die auf den Vorschlägen genannten Personen in der Wählerliste stehen. Diese Bescheinigungen werden auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 8 unentgeltlich ausgestellt. Auch muß bezüglich jeden vorgeschlagenen Bewerber eine schriftliche Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigelegt werden.

Betrifft: September- und Einmach-Zucker.

Diejenigen Haushaltungen, welche den September-Zucker sowie den Einmach-Zucker noch nicht bezogen haben, jedoch Anpruch auf Belieferung machen, werden hiermit aufgefordert, die Ware bis spätestens zum Donnerstag dieser Woche in einem der hies. Rundengeschäften zu beziehen, da behufs Abrechnung von den Geschäftselementen die Karten eingezogen werden.

Es wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß den Kindern im Alter bis zu 2 Jahren pro Woche 250 Gramm mehthaltige Nahrungsmittel (Haferflocken, Grieß, Gerstemehl o. dergl.) zuteilen und gegen entsprechenden Ausweis wöchentlich im Geschäft Nr. 16 [Jah. Valentin Stadtmüller Wm.] bezogen werden können.

Die am 3. Oktober 1919 stattgehabte Vergebung des Anfahrens von Lebensmitteln hat die Genehmigung des Gemeinderats hierj. nicht erhalten und ist anderweiter Termin zur Vergebung der Anfuhr der Lebensmittel auf Donnerstag, den 16. Oktober 1919, Mittags 12 Uhr in das Rathaus zu Bierstadt bestimmt worden.

Betrifft: Verteilung von Zwieback:

Die Gemeinde ist mit einer Menge Zwieback beliefert worden. Die Ware ist markenfrei und lediglich bestimmt für:

1. Kinder bis zu 6 Jahren,
2. Schwangere Frauen in den 3 letzten Monaten vor der Entbindung. (Mit st. oder Bescheinigung der Hebamme bzw. Arzt.)
3. Vollmilchbezugsberechtigte Personen mit entsprechender ärztlicher Bescheinigung und Bewilligung des Kreisausschusses auf Grund ärztl. Atteste.

Jede Bezugsberechtigte Person erhält 3 Pakete 125 Gramm Inhalt zum Preise von 44 Pfg. pro Paket.

Der Verkauf findet am Mittwoch den 15. ds. Mts. nachmittags im oberen Rathhause hier selbst statt.

Zur Erzielung eines möglichst raschen Verkauf ohne unbillige Zwischenfälle wird gebeten, die notwendigen Ausweise und abgezähltes Geld mitzubringen.

Gemäß Bestimmung des Reichsernährungsministeriums vom 19. Juli 1919 sind den jetzt heimkehrenden Kriegsgefangenen als Sonderzuweisung von denjenigen Kommunalverbänden, von denen sie zum ersten Male in die ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen werden, wöchentlich für die ersten sechs Wochen zu gewähren:

je 1 Pfd. Brot, 50 Gramm Fett, 125 Gramm Auslandsfleisch od. Konservenfleisch und 250 Gramm Sägespäne.

Die zum Einkauf dieser Waren erforderlichen Bezugsscheine werden im Rathaus hier selbst — Zimmer 3 — ausgegeben und wollen sich etwa zurückgekehrte Kriegsgefangene unter Vorzeigen ihrer Entlassungspapiere daselbst melden.

Bierstadt, den 13. Oktober 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Die Listen Nr. 31, 35 und 36 über unermittelte Heeresangehörige (Nachlass- und Fundfachen) liegen in meinem Dienstzimmer Nr. 4 Esslingerstr. 16, hier während der Vormittags-Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß bei der Zentralstelle für Nachlassfachen Berlin, W. 15, Joachimshagenstr. 10, festgestellt werden kann, ob vermählte Uhren und Trauringe von Heeresangehörigen dorthin eingesandt wurden. Es genügt die Angabe der Uhr bzw. Reparaturnummer. Bei Trauringen bietet die Gravierung den nötigen Anhalt.

Wiesbaden, den 12. September 1919.

Der Landrat.

J. B.: Schlitt.

Sauberes fleißiges Mädchen, welches alle Hausarbeit versteht gesucht. Frau Fuhr, Bierst. Höhe, Wartestraße 1.

Eine Frau oder ein Mädchen i. fort zum Putzen gesucht. Bierst. t. Aussichtstraße 1.

Für sofort Stundenfrau oder Mädchen gesucht. Bierstadt, Bierst. Höhe 22, 1.

Wege-Weggang der bisherigen Monatsfrau suche sofort Ersatz. Paul Groß, Bierstadt, Taunusstraße 16.

Wußfrau für sofort auf einige Stunden täglich gesucht. Bierstadter Höhe 22, rtr.

Wußfrau, Herr. u. Dam Schreibische

Divan, Sofa, Chaisel, Kleider, Rücken, Spiegelschränke, Vertiko, Spiegel, Betten, Matten, Deckb., Stühle, gut erh. billig zu verkaufen. R. Graubner, Wiesbaden, Adlerstraße 3.

Pol. u. lat. Schlafzim. Eiz. Salon, Rücken-Einrichtung bill. zu verkaufen. R. Graubner, Wiesb. Adlerstr. 3. am Kaiser-Fried.-Bad. Willig vorrätig ab 600 Mk.

Schreib-Maschinen großes Lager. Ankauf. R. Gänzlberg, Mainz, Hindenburgstraße 19. Tel. 916

Weißfrant hat abzugeben. Möbus, Gärtnerei, Bierstadt.

Schlafzimmer

in Nußbaum, Mahagoni, Kirschbaum, eiche und lackiert zu sehr niedrigen Preisen.

Speisezimmer Kücheneinrichtungen Einzelne Möbel Bettstellen

Holz und Metall, Kapot-Haar, Woll und Seegrasmatratzen, Polstermöbel in groß. Auswahl.

Möbelhaus Buchdahl

Wiesbaden 4 Bärenstrasse 4.

Karbid, Karbid-Lampen, Kaffeeöfen, Gaslampen, Brenner, Zyl. Glühkörper, Gaskocher, Brat- u. Backhauben, Badewannen, Badofen, Zapfhähne und Gartenschläuche zu verkauf. Krause, Wiesbaden, Welltrichstraße 10.

Habe mich als prakt. Arzt niedergelassen.

Dr. med. Volkenrath

Bierstadt Wartestraße 7 b.

Sprechzeit: 3—4 Uhr.



Der Musikverein Bierstadt

veranstaltet am Samstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr im Saale „Zur Rose“ in Kloppenheim ein Streich- u. Blaslonzett

Die geehrten Einwohner von Kloppenheim und umliegenden Ortschaften sind zu dieser Veranstaltung höflich eingeladen. Der Verein wird bemüht sein, die ihn besuchenden Gäste auf das Beste zu unterhalten.

Eintrittspreis 1 Mark.

Die Programme, welche zum Eintritt herbeizutragen, sind im Vorverkauf bei Herrn Ludwig Schenker, Zigarrenhandlung Bierstadt und an der Kasse erhältlich.

Der Vorstand.



Radfahrklub 1900 Bierstadt.

Zu der am Mittwoch, den 15. d. Mts. abends 8 Uhr im Vereinslokal „Zum Bären“ stattfindenden

Haupt-Versammlung

werden sämtliche Mitglieder höflichst eingeladen.

Um vollzähliges Erscheinen wegen wichtiger Tagesordnung bittet

Der Vorstand.



„Gesangverein Frohsinn“ — Bierstadt.

Die — Gesangsproben —

finden regelmäßig jeden Dienstag Abend, 8½ Uhr im Probeflole in der neuen Schule an der Adlerstr. statt und laden wir die Herren Sänger hierzu ganz ergebenst ein. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Gegen Husten

haben Rosal-Tabletten größte Wirksamkeit

Schachtel 1.50 und 2.50

Trogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4

Telefon 3267

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise

offeriert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10

Reparaturen

Peddigrohrmöbel

Korbmöbel

Holzmöbel

in

1a weisser Lackierung

Korbwaren

Bürstenwaren

in nur tadelloser

Ausführung

bei

Heerlein

Rohrmöbelfabrik

— Wiesbaden —

16 Goldgasse 16

Telefon 4881.

Bauernschaft Bierstadt.

Zwecks Stellungnahme zur Wahl der Gemeindevertretung findet die entscheidende Versammlung der Bauernschaft

Mittwoch, den 15. Oktbr., abends 8 Uhr im Restaurant Heuß, „Zum Anker“ statt.

Alle in der Bauernschaft organisierten Mitglieder und darüber hinaus alle an der Landwirtschaft und dem Grundbesitz interessierten Einwohner werden hierzu eingeladen.

Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand der Bauernschaft.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Große öffentliche

Volksversammlung

Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr im Lokale Witwe Menges, „Cambrian“.

Tagesordnung:

Die neuen Entwürfe und die U. S. P. Ref. Genosse Jac. Greis, Wiesbaden.

Freie Ansprache

D. Brandis

Kürschnerlei und Pelzwaren

Langgasse 39, 1. Wiesbaden Langgasse 39, 1.

Fernsprecher Nr. 2024

Annahme von Neuanfertigungen, Umarbeitungen und Reparaturen.

Trauerhüte Trauerschleier trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Trauringe

• • • fagenlos • • •
moderne Kugelform,
in 8, 14 und 18 Krt.
Eigene Anfertigung.
Billigste Preise.

C. Struck Goldschmied
Wiesb., Michelstr. 15.

Rauchtabak

Garantiert rein Uebersee

mild, aromatisch, gutbrennend.

Nur für Wiederverkäufer!

Zigarren-Fabrikniederlage

Wiesbaden

Neugasse 1.